

**GATS: Wird weltweit alles Ware?** Seit 2000 verhandeln die Mitglieder der 1995 gegründeten World Trade Organisation (WTO) – unter ihnen Österreich – über das GATS (General Agreement on Trade in Services). Das Ziel: die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte. Während vor dem EU-Beitritt lautstark über die Auswirkungen einer Marktöffnung diskutiert wurde, herrscht diesmal allerdings betretenes Schweigen. GATS-Gegner aus Gewerkschaften und NGOs befürchten die Gefährdung der Grundversorgung durch Privatisierung und Verteuerung bisher öffentlich bereitgestellter Leistungen – vom öffentlichen Verkehr über Pensions- und Gesundheitsvorsorge bis hin zur Wasserversorgung.

Der 30. Juni 2002 wird ein Meilenstein in den GATS-Verhandlungen: An diesem Tag wird die EU den anderen WTO-Mitgliedern Listen übergeben, auf denen penibel aufgelistet ist, welche Bereiche sie nach Dafürhalten der Union für international agierende Dienstleistungsunternehmen öffnen sollen.



#### EU-Forderung: Wasser soll weltweit Ware werden

Durch eine Indiskretion sind die Listen bereits Mitte April dieses Jahres bekannt geworden – was für Zorn bei den EU-Gewaltigen und für die schlimmsten Befürchtungen bei Globalisierungs-Kritikern sorgte. So wurde öffentlich, dass die Union von den anderen WTO-Mitgliedsstaaten die Öffnung aller Bereiche der Wasserversorgung fordert – von der Wasserbeschaffung über Reinigung, Distribution bis hin zur Abwasserbehandlung – weiters die Liberalisierung weiterer Bereiche der Energieversorgung und einer Reihe anderer Sektoren bis hin zu Transportwesen, Tourismus und Handel.

„Das bedeutet aber nicht, dass die Länder der Union im Gegenzug auch ihre eigene Wasserversorgung selbst liberalisieren müssen“, beteuert der österreichische Chefverhandler, Sektionschef **Mag. Josef Mayer** aus dem Wirtschaftsministerium gegenüber KORSO. Denn erst im März 2003 müssen die WTO-Mitglieder einander bekannt geben, welche Sektoren ihrer eigenen Dienstleistungsmärkte sie selbst fremden Begehrlichkeiten öffnen wollen. Bloß: „Wer solche Forderungen stellt, kann nicht ernsthaft damit rechnen, dass seine Verhandlungspartner ihn von der selbst verlangten Verpflichtung ausnehmen“, betont **Mag. Angela Orsolits**, die für den ÖGB an der österreich-internen Positionsbildung zu den GATS-Verhandlungen teilgenommen hat.



Mag. Angela Orsolits (li), ÖGB: „GATS fördert Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“ – Dr. Ralf Kronberger (Mitte), Wirtschaftskammer: „Der internationale freie Handel braucht Wettbewerbsregeln“ – Mag. Josef Mayer (re), Wirtschaftsministerium: „Letztendlich entscheidet der EU-Rat“

Mit geringem Erfolg: „Die Position des Gewerkschaftsbundes ist in den an die EU weitergereichten Papieren nicht berücksichtigt worden“, klagt Orsolits. Besser ist es da der Unternehmerseite ergangen: „Von der WKÖ wurden keine Einwände gegen die Forderungslisten der EU vorgebracht“, so **Dr. Ralf Kronberger**, Wirtschaftskammer-Vertreter im GATS-Ausschuss, der beim Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. In Sozialstandards fehlen Die Gewerkschafterin Orsolits äußert fundamentale Kritik an den GATS-Verhandlungen: „Die gesamten WTO-Regelungen enthalten nicht einmal minimale Sozialstandards. Gerade im Dienstleistungsbereich ist zu befürchten, dass diese Standards unterlaufen werden um wettbewerbsfähig zu sein.“ Zumindest die Mindestnormen der International Labour Organisation (ILO) wie Kollektivvertragsfreiheit und Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit müssten Eingang in die Vertragsbestimmungen finden. Ein Standpunkt, den auch Kronberger teilt: „Die Achtung von Sozial- und Umweltstandards und von internationalen Wettbewerbsregeln ist Voraussetzung für den freien internationalen Handel.“

#### Zeitbombe für das öffentliche Gesundheitswesen?

Zentrale Sorge vieler GATS-Gegner: Wird eine weit gehende Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen beschlossen, drohe als nächster Schritt die Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Hand – vom Spital bis zur Schule. Orsolits hält diese Befürchtungen für nicht unbegründet. „Die einschlägigen Bestimmungen des GATS-Textes sind mehr als zweideutig. Öffentliche Dienste sind nur dann von der Liberalisierung ausgenommen, wenn sie weder im Wettbewerb mit privaten Anbietern noch auf kommerzieller Basis erbracht werden.“ Was etwa das Gesundheitswesen betrifft, vermerkt eine an der Universität Kassel erstellte Studie, dass nach WTO-eigener Interpretation „ausländischen Anbietern von Krankenhausdienstleistungen der vollständige Zugang zu sämtlichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen zu gewähren [ist], die sonst nur öffentlichen bzw. im öffentlichen Auftrag auftretenden Krankenhausdienstleistern eingeräumt werden“ – eine Zeitbombe für das öffentliche Gesundheitswesen (Thomas Fritz und Christoph Scherrer: GATS 2000, S. 82). Die Forderung nach Liberalisierung des Gesundheitswesens kommt vor allem von amerikanischer Seite, bestätigt auch Mayer: „Die Amerikaner wollen vor allem den Gesundheitsbereich, Telekom, Versicherungen und das Bildungswesen deregulieren.“ Darüber müsse aber noch ausführlich diskutiert werden. Und: Mit der Forderung nach Liberalisierung sei ja nicht automatisch jene nach Privatisierung verbunden. Die Privatisierungsgegner wollen aber in dieser Frage kein Risiko eingehen – so wendet sich etwa die Bundesarbeiterkammer, so deren GATS-Experte **Dr. Werner Raza**, „strikt gegen eine Liberalisierung von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere im Bereich der Wasserversorgung, Bildung und Gesundheit.“ Und: „Öffentliche Dienstleistungen müssen generell expliziter als bisher aus dem GATS ausgenommen werden.“

#### „Letztendlich entscheidet der Rat“

Die Entscheidungsfindung über das GATS finde hinter verschlossenen Türen statt, kritisieren die Gegner. Ein Vorwurf, gegen den sich Mayer entschieden zur Wehr setzt: Das österreichische Parlament werde immer wieder über den Stand der Dinge informiert. Unbeschadet dessen dürften auch die österreichischen Abgeordneten – wenn überhaupt – erst aus den Medien von der Existenz der EU-Forderungslisten erfahren haben. Klar ist jedenfalls: Die österreichische GATS-Position, die in die EU-Papiere einfließt, wurde im Wirtschaftsministerium geboren, die Sozialpartner wurden dazu angehört, und, so Mayer, „letztendlich entscheidet der Minister darüber“. Ob das österreichische Parlament je über den GATS-Vertrag – der, so meinen Experten, zumindest ähnliche Auswirkungen wie der EU-Beitritt haben könnte – befinden wird, ist unklar; nicht einmal eine Ratifizierung – die Zustimmung zu einem bereits bis ins Detail fixierten Vertragstext – scheint vorgesehen zu sein. Auch das europäische Parlament kann bloß eine Stellungnahme zum Vertragsentwurf abgeben. Mayer: „Auf EU-Ebene ist der Rat letzte Entscheidungsinstanz.“

All jenen, die angesichts dieser konsequenten Ausschaltung gewählter VolksvertreterInnen fürchten, dass mit dem 20. Jahrhundert auch die bürgerliche Demokratie zu Ende gegangen sein könnte, sei dennoch Trost gespendet: „Multilaterale Verhandlungen sind zumindest zu Beginn immer sehr zäh“, weiß Sektionschef Mayer. Es gilt vor allem, die Vorstellungen von Entwicklungs- und Industrieländern unter einen Hut zu bringen. Daran – und am Widerstand der inzwischen auch international vernetzten Globalisierungskritiker – könnte der Verhandlungsprozess letztendlich scheitern.

Christian Stenner

**Ausführliche Informationen:** [[www.gatswatch.org](http://www.gatswatch.org)], [[www.attac-austria.org](http://www.attac-austria.org)] (GATS-kritisch), [[www.wto.org](http://www.wto.org)] (Homepage der WTO, pro GATS) Unter [[www.gatswatch.org](http://www.gatswatch.org)] finden sich auch die im April bekannt gewordenen EU-Forderungslisten, auf allen Sites finden Sie eine Reihe weiterführender Links.